

Wie im Krieg?

Die Sicht eines syrischen Kriegsflüchtlings

FAISAL HAMDO

Geboren 1989 in Aleppo, freier Autor und Physiotherapeut. 2014 floh er aus seiner Heimat Syrien. Er arbeitet als Physiotherapeut im Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf und leitet das Team der Physiotherapie der Klinik für Intensivmedizin. 2018 veröffentlichte er in der Edition Körber sein erstes Buch „Fern von Aleppo – wie ich als Syrer in Deutschland lebe“, das 2019 bei der Bundeszentrale für politische Bildung in einer neuen Ausgabe erschien.

„Und? Wie viele Infizierte gibt es aktuell in deiner Heimat?“ Diese Frage bekomme ich derzeit häufig gestellt und zucke meist unwillkürlich zusammen. Am liebsten

würde ich jedes Mal nur antworten: „Hier haben wir es gut!“

Sehr viel seltener werde ich seit Ausbruch der COVID-19-Pandemie gefragt, ob ich meine Eltern, die in einem der Nachbarländer Syriens Zuflucht gefunden haben, besuchen kann. Denn alle wissen, dass wir derzeit nicht ins Ausland reisen können. Doch ich darf das Land nicht mehr verlassen, seitdem ich 2014 nach Deutschland gekommen bin. Seit Beginn des Jahres ist es mein Bestreben und gleichzeitig mein Traum, eine Niederlassungserlaubnis zu erhalten und dann die deutsche Staatsangehörigkeit, damit ich endlich meine Eltern besuchen kann. Wir haben uns das letzte Mal vor über sieben Jahren gesehen.

Noch nie habe ich meine Hansestadt so still und ruhig erlebt wie in der letzten Märzwoche 2020. Mein Blick schweift durch die Straßen Hamburgs – wie leer die Stadt so plötzlich geworden ist. Ich erinnere mich daran, dass ich mir vor Jahren auch nicht habe vorstellen können, wie eines Tages nur der Wind durch die verlassen Straßen meiner Vaterstadt Aleppo fegt.

In jener Märzwoche dieses Jahres war ich jeden Tag in Hamburg unterwegs – auf dem Weg zur Arbeit in die Klinik, zum Beratungstermin bei meiner Anwältin und zur Ausländerbehörde. Nach einem leider erfolglosen Termin stand ich nachdenklich neben dem Denkmal des Aufklärers Gotthold Ephraim Lessing. Die Sonne am blauen Himmel wirkte sehr beruhigend und gab mir Hoffnung. Der beständig über den Gänsemarkt wehende Wind trieb mich in Gedanken in eine ruhige und sorgenfreie Zukunft und in meine persönliche Reisefreiheit. Um mich herum schienen jedoch viele Menschen in Angst und Panik geraten zu sein. Die schnell aufeinander folgenden Nachrichten verunsicherten die Menschen. Einige sagten, wir sollten die Kirche im Dorf lassen, es sei nicht schlimmer als eine normale Grippe; andere waren der Meinung, dass wir uns am Anfang eines Krieges gegen einen unsichtbaren Gegner befänden. Diese Situation erinnerte mich an die unruhige Zeit vor Beginn des Krieges in Aleppo. Einkaufen gehen war eine der größten Herausforderungen für uns, viele Läden waren geschlossen, die Straßen leer gefegt. Der Unterschied ist, dass der Lockdown hierzulande dem Schutz der Menschen dient, der Gesundheit aller Bürger; in Syrien dienten die geschlossenen Geschäfte dem Schutz vor einem verbrecherischen Diktator.

Jede Regierung managt die Krise im eigenen Land auf ihre Weise. Es ist sehr unterschiedlich, wie Regierungschefs mit der für alle neuen Situation umgehen und wie sie sich an ihr Volk wenden. Auch an die Rede des syrischen Diktators vor neun Jahren kann ich mich genau erinnern. Im Juni 2011 saß ich noch im Innenhof der Universität von Aleppo und lauschte zusammen mit meinen Kommilitonen der Rede unseres Staatschefs, der uns Hoffnungen auf Reformen machte – um sie im nächsten Zuge brutal zunichte zu machen. Und in seinem ersten öffentlichen Auftritt nach Beginn der friedlichen Proteste verbreitete er Angst und Schrecken. Die Protestwelle der Bürger diffamierte er als „ausländische Verschwörung“. Danach entwickelte ich eine Art Anti-Ansprachen-Reflex; insbesondere in Krisenzeiten würde ich lieber darauf verzichten, mir die Rede eines Regierungschefs beziehungsweise einer Regierungschefin anzuhören.

Acht Jahre später saß ich jedoch in Hamburg und hörte mir die Ansprache der Bundeskanzlerin an. In Deutschland appellierte Angela Merkel in ihrer ruhigen und sachlichen Art an jeden Einzelnen, Verantwortung zu übernehmen; die Regierung handele lösungsorientiert und lasse sich von Experten beraten. Der Umgang mit der Pandemie sei „eine historische Aufgabe und sie ist nur gemeinsam zu bewältigen“, so Merkel. Als Bürgerinnen und Bürger dieses Landes können wir die notwendigen Entscheidungen nachvollziehen und verstehen.

Wir diskutieren hierzulande viel und zu Recht über die in dieser Ausnahmesituation notwendigen Eingriffe in die persönliche Freiheit der Bürger, die allesamt dem Schutz der Gesundheit dienen. Eine ganze Reihe unserer Grundrechte

wurden zeitweise ausgesetzt, was viele Menschen beunruhigt. Was bis vor Kurzem für fast alle selbstverständlich war, wie das Reisen innerhalb Europas, ohne an den Grenzen kontrolliert oder zurückgewiesen zu werden – eine solche Normalität scheint es in Zeiten von Corona nicht mehr zu geben. Doch was jetzt für alle Europäer eine Ausnahmesituation darstellt, ist für viele in Europa lebende Menschen seit Langem Normalität und Alltag, weil sie keine gültigen Reisepässe erhalten können.

Die deutschen Behörden erwarten von Kriegsflüchtlingen, dass sie sich nationale Pässe in ihren jeweiligen Botschaften ausstellen lassen. Aber viele der in Deutschland lebenden Syrer trauen sich aus Angst nicht, auch nur einen Fuß in die syrische Botschaft in Berlin zu setzen. Sie haben ihr Leben riskiert für mehr persönliche Freiheitsrechte, für Meinungsfreiheit und Demokratie. Sie haben sich bewusst dem Dienst der Armee Assads entzogen, die sich gegen ihre eigene Bevölkerung richtet und unter anderem die Giftgasangriffe zu verantworten hat, die die Welt erschütterten. Sie sind vor einem mörderischen Regime geflohen, das nach offiziellen Angaben bereits mehr als 400.000 seiner Bürger getötet und mehr als zwölf Millionen Menschen aus ihrem eigenen Land vertrieben hat. Sie wurden zu Staatsfeinden erklärt. Der Schutz des Regimes und der eigene Machterhalt hat größere Priorität als das Leben der Bürger.

Weltweit gibt es viele Menschen, die eine Reisefreiheit nicht kennen, die noch nie ein fremdes Land betreten haben, deren persönliche Freiheit von Geburt an massiv eingeschränkt ist, weil sie in ein diktatorisch geführtes Land geboren wurden.

Ich war beeindruckt, wie gründlich in unserem Land jede Maßnahme diskutiert

und zum Schutze der Bürgerinnen und Bürger ergriffen wurde. Das geht so weit, dass der Staat zügig Rückflüge organisierte, um deutsche Urlauber aus allen Ländern der Welt sicher in ihre Heimat zurückzubringen.

Dagegen nutzt das diktatorisch geführte Regime Syriens selbst die COVID-19-Krise zur Wahrung seiner Macht. Es bestreitet eine größere Ausbreitung des Virus im Land, wie es nach neun Jahren Bombardierung und Belagerung auch weiterhin die Anzahl der Opfer leugnet. Ein solches Regime unternimmt alles, um sich als Beschützer des Volkes zu präsentieren. Auch in Syrien wurden in den vom Regime kontrollierten Gebieten Maßnahmen zur Eindämmung des Virus, wie zum Beispiel Ausgangssperren, ergriffen. Menschen einsperren und Städte belagern, damit hat das Assad-Regime reichlich Erfahrung. Es wird den Feind, egal ob Volk oder Virus, bekämpfen, wie nach der Belagerung von Damaskus, Aleppo und anderen Städten. Trotz der Angriffe auf Idlib, trotz aller Schwierigkeiten und menschenunwürdiger Lebensumstände sind die Bewohner wegen der Pandemie viel weniger besorgt als die Menschen in Deutschland. Sie leben schon seit Jahren in einer Art unfreiwilligen Quarantäne. Sie sagen: „Das einzig Gute ist, dass wir belagert werden.“ Die vielen Menschen, die in die Stadt geflohen sind, wünschen sich nichts sehnlicher, als nach Hause zurückzukehren. Doch ihre Häuser existieren nicht mehr. Die Krankenhäuser sind fast alle zerstört, und inzwischen sind auch die letzten Ärzte aufgrund der Gefährdung und Hoffnungslosigkeit ins Ausland geflohen. Und Hygienemaßnahmen sind in den Flüchtlingslagern aufgrund fehlender Wasserversorgung überhaupt nicht möglich.

Durch den Lockdown in Syrien sind die Preise der ohnehin bereits stark verteuerten und nicht ausreichend vorhandenen Lebensmittel noch weiter gestiegen, und viele können sie sich nicht mehr leisten. Die syrische Währung ist stark gefallen. Unterstützung vom Staat gibt es keine. Unsere Verwandten in Syrien berichten mir, dass sie sehr unter den Lockdown-Maßnahmen leiden. Sie kämpfen darum, Wasser und Lebensmittel zu ergattern, ihre Kinder können seit Jahren nicht mehr in die Schule gehen. Es fühle sich so an, als ob man in zwei Kriegen kämpft!

Wir sahen die Bilder von überfüllten Krankenhäusern in Norditalien, die schwerkranke infizierte Patienten nicht angemessen behandeln konnten, weil nicht genügend Beatmungsplätze vorhanden waren. Beim Anblick der vielen Särge und des überforderten medizinischen Personals müssen jedem die hierzulande ergriffenen Maßnahmen einleuchten. Wie kann ein Regierungschef wie Donald Trump, obwohl sein Land zum Epizentrum der Pandemie geworden ist, oder Jair Bolsonaro in Brasilien die Corona-Pandemie verharmlosen und die Sinnhaftigkeit der Lockdown-Maßnahmen in Zweifel ziehen? Wie kann Trump zur „Befreiung“ aufrufen und die Proteste gegen die Corona-Maßnahmen anheizen?

Allen Berichten, Statistiken und Zahlen über Infizierte, Gestorbene und Genesene zufolge kann man sagen, dass Deutschland die Krise souverän gemeistert und die Lage bis jetzt zum Glück im Griff hat – trotz aller Kritik am Zustand

des Gesundheitssystems. Deutschland konnte sogar Nachbarländer unterstützen und deren Patienten behandeln. Den zeitlichen Vorsprung vor der Ausbreitung des Virus im Vergleich zu den stark betroffenen europäischen Ländern Italien und Spanien hat Deutschland effektiv genutzt, um die Kapazitäten der Intensivbetten und Beatmungsgeräte in den Krankenhäusern auszubauen. Deutschland hatte Glück. Ich wünsche mir, dass auch mein geliebtes Syrien sein Glück wiederfindet, dass die Krankenhäuser wieder aufgebaut werden, die Kinder Syriens wieder die Schule besuchen können, genügend Lebensmittel für jeden zur Verfügung stehen, die Menschen wieder ein Dach über dem Kopf haben und sie wieder mit ihren Familien vereint sein können.

Für mich ist es sehr interessant, zu beobachten, wie viele Wutbürger jetzt auf die Straße gehen und für ihre Grundrechte demonstrieren. Sie wollen ihre Freiheiten zurück, die vorübergehend zum Schutze der Gesundheit aller eingeschränkt wurden. Sie demonstrieren unter dem Motto „Schluss mit der Corona-Diktatur“ gegen die staatlich verordneten Corona-Maßnahmen. Darunter befinden sich auch jene Wutbürger, die noch vor einigen Monaten gegen die Aufnahme von Kriegsflüchtlingen protestierten – gegen Menschen, die in ihren Heimatländern auf die Straße gingen, um friedlich für ihre Freiheiten zu demonstrieren. Es wäre zu wünschen, dass auch sie nun verstehen, warum Menschen für die Freiheit ihre Familien und ihr Land verlassen.